

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 60 Pf., Bestellungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtsige Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amüliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 16. Montag, den 20. Januar 1919. 26. Jahrg.

Das Volk sprach!

Am gestrigen Sonntag hatte das deutsche Volk über seine Zukunft zu entscheiden und Abrechnung zu halten mit denen, die für das Elend, das auf uns schwer drückt, verantwortlich sind. Sein viel millionenfürmiger Spruch wird in der ganzen Welt mit Spannung erwartet. Er muß zum Ausdruck bringen, daß in Deutschland kein Raum mehr sein darf für den Halbabsolutismus und für die Gewaltspolitik, die bis vor wenigen Monaten maßgebend waren. Das Morphe, die die Revolution hinwegfegte, soll durch die Nationalversammlung endgültig beseitigt werden.

Jene Kreise, die als die Vertreter und Nutznießer des zusammengebrochenen Systems in Frage kommen, waren die lauteften Rufe nach der Nationalversammlung, als die Revolution ihnen ihre angemessene Macht entriß. Sie hofften, das Verlorene dadurch wieder zu gewinnen. Mit aller Kraft, mit Aufwendung riesiger Geldmittel haben sie den Wahlkampf geführt. Nun wird es sich zeigen, daß sie ihr Spiel verloren haben.

Nach liegt kein Ergebnis der Wahlen im ganzen Reich vor. Das wird erst in einigen Tagen herauskommen. Aus den bisherigen Meldungen ist zu entnehmen, daß die Wahlhandlung fast überall ungehindert vor sich gegangen ist; nur in dem oberösterreichischen Kattowich haben spartakistische Banden die Wahl verhindert. Die Befriedung des Kattowich läßt sich aber nicht dauernd durch brutale Gewalt verhindern, die nur die politische Unfähigkeit dessen kennzeichnet, der sie ausübt.

Überall scheint die Wahlbeteiligung sehr hoch gewesen zu sein. Auch hier in Lübeck war das der Fall. Besonders in den Vormittagsstunden waren die Wahllokale dicht gefüllt. Vielfach waren Mann, Frau und die wahlfähigen Kinder zugleich im Wahllokale erschienen, um von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Nicht selten sah man auch „Herrschaften“ mit ihren Dienstmädchen erscheinen, die sich liebevoll darum kümmerten, daß letztere ja den „richtigen“ d. h. der Herrschaft genehmen Stimmzettel, abgeben. Bei dem milden Winterwetter herrschte vor den Wahllokalen, die schon von weitem an den mancherlei Klatschen kenntlich waren, ein lebhaftes Treiben. Von allen Parteien wurden den Wählern Stimmzettel angeboten. Kranke und Krüppel wurden mittelst Droschken und Autos herangeholt. Nachmittags setzte der Schleppeerdienst ein, der die Säumigen an die Urne bringen sollte.

Recht unvollkommen waren diesmal die Wählerlisten. Sie enthielten die Namen zahlreicher Personen, die längst nicht mehr in dem Bezirk wohnhaft, verstorben oder gestorben waren. Andererseits wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß namentlich Soldaten, die nur einige Tage aus Lübeck abwesend waren, in der Wählerliste gestrichen, daß andere trotz ihres Einspruchs nicht nachgetragen waren und dergleichen mehr. Darüber wird wohl später noch mancherlei zu sagen sein. Jedenfalls ist die Wahlbeteiligung in Wirklichkeit prozentual weit höher gewesen, als sie nach einem Blick auf das Verhältnis der Abstimmenden zu den eingetragenen Wählern erscheint.

Um 8 Uhr abends wurde die Wahlhandlung geschlossen. Im Gewerkschaftshaus sammelte sich schon vorher eine gewaltige Menschenmenge an, um der Verkündung der Resultate bei zuwohnen. Saal und Gaststuben waren überfüllt. Es dauerte eine recht lange Zeit, bis die Ergebnisse vorlagen. Zuerst kamen sie aus dem Travemünder Winkel und anderen ländlichen Bezirken. Sie ließen bereits erkennen, daß auch dort die Sozialdemokratie an Baden gewonnen hat. Kurz vor Mitternacht waren die Resultate, bis auf die von Travemünde und Schreistaken, eingelaufen. Nun liegt das Gesamtergebnis vor. Danach haben erhalten die Sozialdemokratische Partei 40342, die Deutsch-demokratische Partei 21071, die Deutsch-nationale Volkspartei 6711 und die Liste Jaul 361 Stimmen. Danach hat unsere Partei im Freistaat Lübeck ein Mehr von 12199 Stimmen erreicht. Mit Stolz und hoher Befriedigung erfüllt uns dieses Ergebnis. Unumstößlich beweist es, daß die große Mehrheit der Lübecker Bevölkerung hinter der Sozialdemokratie steht.

Groß wird die Enttäuschung des Bürgertums sein. Unter Aufwendung ganz gewaltiger Mittel haben die den Wahlkampf geführt. Alle Kräfte, die für Geld zu haben sind, standen ihnen zur Verfügung. Dann wirkten weiter die sehr bedauerlichen Berliner Vorkommnisse für sie. Aber alles das vermochte nicht, den vollkommenen Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Die richtige Erkenntnis, daß dem deutschen Volke eine bessere Zukunft nur von der Sozialdemokratie gebracht werden kann, läßt sich eben nicht zurückdrängen.

Der Urteilspruch des läßlichen Volkes ist für die Kriegstreiber, Vaterlandsparteiler und ihren mehr oder weniger geistesverwandten politischen Trabanten verhängend ausgefallen. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! So wird es auch bei den kommenden Bürger-Schaftswahlen sein!

Wir lassen erachte das Lübecker Wähler- mit folgen:

Wahllokale	Sozialdem.	Deut. Volksp.	Deut.-National.	Wahlverei.	Wahlverei.	Wahlverei.	Wahlverei.	Wahlverei.	Wahlverei.
1. Altes Streckenfahrer-Amtshaus	866	254	74						
2. a) Drückhammers Walfhof	318	177	57						
2. b)	404	176	166						
3. Hotel Union	628	628	81						
4. Abbinen-Cafe	446	390	83						
5. a) Restaurant Fredenhagen	408	299	42						
5. b)	369	216	61						
6. Saalbau, Grüner Saal	644	284	48						
7. Schiffer-Gesellschaft	966	222	36						
8. Burg-Knabenschule	699	458	166						
9. Restaurant Buraloterrasse	852	292	60						
10. Markten-Mädchenchule	1067	196	35						
11. 1. Knaben-Mittelschule	673	909	114						
12. a) Restaurant Bürgerverein	559	144	56						
12. b)	809	268	66						
13. 2. Knaben-Mittelschule	665	437	87						
14. Gastwirtschaft G. Ehlers	502	496	90						
15. Raum. Fortbildungsschule	568	492	102						
16. 1. Mädchen-Mittelschule	695	238	52						
17. Dom-Mädchenchule	322	498	121						
18. Restaurant Falkenburg	590	628	67						
19. Restaurant Fortuna	574	598	79						
20. Gesellschaftshaus zur Hoffnung	411	472	217						
21. St. Lorenz-Knabenschule	396	609	181						
22. Gesellschaftshaus St. Jürgen	308	941	329						
23. Gesellschaftshaus Adlershof	1091	219	77						
24. Bräuer Hof	192	549	494						
25. Restaurant zur Warburg	847	565	387						
26. Restaurant Hagelstein	928	264	78						
27. Restaurant St. Lorenz-Dalle	881	532	186						
28. a) 5. St. Lorenz-Knabenschule	288	196	98						
28. b) 5. St. Lorenz-Mädchenchule	541	536	58						
29. 2. St. Lorenz-Knabenschule	946	359	28						
30. Restaurant von Franz Witz	1019	209	19						
31. Restaur. zu den drei Ringen	367	709	190						
32. Gasthof	748	594	48						
33. a) 1. St. Lorenz-Mädchenchule	887	279	83						
33. b) 1.	225	27	4						
34. Altbrot St. Lorenz	664	660	140						
Gasthof Sadowa	911	309	58						
35. 4. St. Lorenz-Knaben- und									
Mädchenchule	376	302	60						
36. Restaurant Marienburg	658	302	142						
37. St. Lorenz-Regelhalle	947	180	24						
38. Bröling-Krug	854	288	43						
39. Lud's Restaurant	889	260	54						
40. 3. St. Lorenz-Schule	724	343	26						
41. Polterkrug	690	269	33						
42. Restaurant Wilhelmshöhe	126	126	51						
43. a) Restaurant Luisenlust	414	554	158						
43. b)	423	108	44						
44. Forsthalde, Fraebelndorf	169	122	43						
45. Restaurant von Ferd. Kuhn	541	608	247						
46. Gesellschaftshaus Markt	898	220	38						
47. 2. St. Gertrud-Mädchenchule	945	139	29						
48. Gastwirtschaft von Joh. Groß	879	87	9						
49. Gastwirtschaft von Witz, Groß	794	427	200						
50. Forstweg Heinrich, Travemünde	596	262	47						
51. Hot. Dtsch. Kaiser	136	238	55						
52. Saal d. Werk-Kafinos d. Hoch-									
senwerks, Herkenwol	122	26	41						
53. Restaurant von W. Hartmann	560	79	82						
zu Kähnis									
54. Gastwirtschaft von J. West-	203	31	16						
phal zu Stern									
55. Gasthof zum weißen Schwan	171	260	90						
Schlump	707	159	88						
56. Gasthof Stadt Lübeck, Schlump	849	90	36						
Kaffeehaus zu Moisting									
57. Sandgemeinden.									
58. Brodten	17	9	23						
59. Lentendorfs-Römmel	41	9	27						
60. Roendorfs, Roppendorfs	69	6	41						
61. Dammersdorf	76	8	28						
62. Westde	84	14	11						
63. Schönböden	116	36	59						
64. Kurau, Walkendorf	47	37	56						
65. Duffau, Stumbeck	90	35	59						
66. Alendor, Reede	194	32	47						
67. Oberdüffau, Niederdüffau,									
Reonsforde	127	72	65						
68. Krummsee	72	46	58						
69. Berendorfs, Blankensee, Ber-									
ende, Wulfsdorf, Stresch	212	72	116						
70. Schrum, Reche	61	18	39						
71. Tramm	89	99	31						
72. Groß-Schreistaken, Klein-Schre-									
istaken	44	6	78						
73. Mithrau, Wangensee, Nisse	278	168	50						
74. Vedendorfs, Pöllendeb	57	46	69						
75. Mischende, Wisensdorf, Harm-									
dorf	52	48	50						
76. Dageledorf, Sterkrade	98	62	48						
77.									

Vorläufige Wahlergebnisse.

Mecklenburg.
Schwerin. Aus den bisher vorliegenden Resultaten an den Städten ist zu entnehmen, daß 60 Prozent sozial demokratisch, 40 Prozent demokratisch gewählt haben. Die Konservativen wie der Vorbund sind fast ganz ausgefallen. Namentlich werden für Lübeck und Mecklenburg 3 Sozialdemokraten, 2 Demokraten und aus den Dörfern in summa 1 Konservativer gewählt sein.
Wittenburg i. M. Dr. Jaul 93 Stimmen, v. Graef (deutsch-natl.) 214 Stimmen, Wendorf (demokratisch) 723 Weyer (Vorbund) 17, Staroffen (soz.) 798 Stimmen.
Zarzin i. M. Dr. Jaul 18 Stimmen, Graef 36 Wendorf 454, Meyer 53, Staroffen 365 Stimmen.
Röhm i. M. Staroffen 363 Stimmen, Graef 115 Wendorf 1788, Meyer 7, Jaul 24 Stimmen.
Neukreutz. 1303 Sozialdemokraten, 3403 Demokraten 541 Deutsch-Nationale, 19 Volkspartei.
Fitzthum-Brethle. Demokraten 1897, Sozialdemokraten 144, Deutsch-Nationale 96 und Volkspartei 21.
Sagenow i. M. Sozialdemokrat 769, Demokrat 1090 Deutsch-National 395, Vorbund 20, Jaul 43.
Rathenow i. M. Sozialisten 836, Demokraten 731 Deutsch-Nationale 9, Vorbund 15, Volkspartei 214.
In Kreis Saucburg (ohne Regeburg) wurden gewählt: Sozialdemokraten 19450, Unabhängige 799, Demokraten 7952, Deutsche Volkspartei 588, Bauernbund 706 Deutsch-Nationale 4005, Zentrum 145.
Röhm (14. Wahlkreis, Teilsresultat). Sozialdem. 1189, D. Dem. 1161, D. N. B. 226, D. B. 155, Zentr. 15, U. S. D. 11.
Lützow (35. Wahlkreis, Teilsresultat). Sozialdem. 1061, D. Dem. 798, D. B. 50, D. N. B. 32.

Wahlresultate aus der Provinz Lübeck.

Über die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung in der Provinz Lübeck liegen uns folgende Ergebnisse vor:

Soz. Unabh.	Deuts. Demokr.	Deutsche Volksp.	Deutsche Volksp.	Kunfel.	Thomsen
Stadelndorf	1282	31	471	180	1
Schwarau	895	69	778	978	15
Reinsehl	1127	35	259	185	—
Lein, Stadt	1260	26	1013	784	105
Gutin, Land	684	6	186	314	2
Palente	742	1	592	293	7
Rufendorf	209	1	49	122	—
West-Ratzeau	1160	22	573	189	30
Gniffau	179	—	79	54	—
Hagensd., Stadt	366	—	404	129	—
Land	248	—	82	194	—
Besau	451	—	256	376	—
Süfel	489	—	80	242	—
Reuförden	962	—	142	162	—
Kuran	214	—	24	141	—
Obernwohde	95	—	5	77	—
Zusammen	9658	181	4558	2720	186

Demnach stehen 9839 sozialistischen Stimmen 9226 bürgerlich gegenüber. Es fehlen noch die Ergebnisse von Ost-Ratzeau Sülzin und Glesendorf.

Schleswig-Holstein.

Reinsehl. Deutsch-National 48, Deutsche Volkspartei 22 Demokraten 315, Sozialdemokraten 307.
Bred Debestoc. Deutsch-Nationale 180, Deutsche Volkspartei 259, Demokraten 1204, Zentrum 79, Sozialdemokraten 1406, Unabhängige 4.
Neumünster. Das Gesamtergebnis in Neumünster beträgt: D. Nat. Bp. 590, Zentr. 630, D. Volksp. 791, D. Dem. 5535, Soz. Bp. 12586, U. S. Bp. 237, Bauern und Dem. 12
In Kiel wurden abgegeben für die Mehrheitssozialisten 63202 Stimmen, für die Unabhängigen 9324, für die Deutschdemokratische Partei 30225, für die Deutsche Volkspartei 12309, für den Bauernbund 54, für die Deutschnationalen Volkspartei 7738 und für das Zentrum 2793 Stimmen.
Schleswig. Das Gesamtergebnis von Schleswig-Stadt beträgt: D. Nat. Bp. 388, D. Volksp. 1381, D. Dem. Bp. 4207, Soz. 3338, Bauern-Demokratie 19.
Rendsburg. Das Gesamtergebnis in Rendsburg beträgt: D. Nat. Bp. 692, Zentrum 148, D. Volksp. 819, Dem. Bp. 2410, Soz. 4903, U. S. Bp. 29, Bauerndemokratie 212.
Schleswig (Stadt). Mehrheitssozialisten 5568, Unabhängig 118, Deutsche Demokratische Partei 3098, Deutsche Volkspartei 1141, Deutschnationale Volkspartei 827, Bauerndemokratie 20 Zentrum 68.
Heide. Mehrheitssozialisten 2521, Unabh. Sozialisten 32 Deutsche Demokratische Partei 2312, Deutsche Volkspartei 414 Deutschnationale 194, Zentrum 31, Bauernbund 21.
Eimhorn. Mehrheitssozialisten alle 4128, Unabhängig 211, Deutsche Demokratische Partei 252, Deutsche Volkspartei 789, Deutschnationale Volkspartei 552, Bauerndemokratie 1

Bismarck: Mehrheitssozialisten 2577, Unabhängige 35, Deutsche Demokratische Partei 4073, Deutsche Volkspartei 1023, deutschnat. Volkspartei 959, Bauerndemokratie 491, Zentrum 6.

Essen: Mehrheitssozialisten 9447, Unabhängige 2119, Deutsche Demokratische Partei 5852, Deutsche Volkspartei 1170, deutschnat. Volkspartei 1925, Bauerndemokratie 2079, Zentrum 78.

Kreis Steinhilber: Mehrheitssozialisten 18787, Unabhängige 191, Deutsche Demokratische Partei 11618, Deutsche Volkspartei 3575, deutschnationale 2903, Bauerndemokratie 2985, Zentrum 100.

Südkreis: Hier wurden für die Mehrheitssozialisten 1773, für die U. S. 29, für die Demokratische Partei 1140, für die Volkspartei 249 und für die Deutschnationalen 129 Stimmen abgegeben.

Kreis Bielefeld: Bei der Wahl zur Nationalversammlung fielen auf die Mehrheitssozialdemokraten 2201, auf die Deutschnationalen 1045, auf die Volkspartei 303 und auf die Deutschnationalen 141 Stimmen.

Kreis Nordthüringen: Mehrheitssozialdemokraten 6634, Unabhängige 49, Deutsche Demokratische Partei 6446, Deutsche Volkspartei 2046, deutschnationale Volkspartei 637, Bauerndemokratie 2447, Zentrum 41.

Kreis Südthüringen: Mehrheitssozialisten 11585, Unabhängige 29, Deutsche Demokratische Partei 9820, Deutsche Volkspartei 1925, deutschnationale Volkspartei 1670, Bauerndemokratie 2403, Zentrum 19.

Hamburg: Von den 362 Stimmbezirken des hamburgischen Staatsgebietes liegt bisher das Ergebnis von 326 Wahlbezirken vor. Es erhielten: Mehrheitssozialisten 272 925, Unabhängige 35 594, Zentrum 6647, Demokraten 137 993, deutschnationale Volkspartei 14 248, Deutsche Volkspartei 53 050, Abgegebene Stimmen 532 747; eingetragene Wähler 318 262. In einzelnen Bezirken gaben über 95 Proz. ihre Stimme ab. Soweit bisher bekannt, sind ernsthafte Sitzungen der Wahlhandlung nicht vorgekommen.

Silber: Bis 12 Uhr nachts lag das Ergebnis aus 60 Bezirken von 120 Bezirken vor. Danach sind bisher gezählt für die Mehrheitssozialdemokraten 23 093, für die Unabhängigen 4184, für die Deutsche Demokratische Partei 13 559, für die Deutsche Volkspartei 3508, für die Deutschnationale Partei 2202, und für das Zentrum 889 Stimmen.

Buchholz: Das Gesamtergebnis in Buchholz (Kreis Harburg) beträgt: D. Nat. Sp. 19, D. Volksp. 68, D. Dem. P. 22, Soz. 439, U. S. P. 4, Bauerndemokratie 212.

Bremen: Bis 2 Uhr nachts, Sozialdemokraten 49 534, Deutschnationalen 42 101, Unabhängige 25 344, deutschnationale 1758, Zentrum 2370, Weißen 247, Deutsche Volkspartei 25.

Nach Schätzung der Wahlvorsteher haben in Berlin 25 Prozent aller Wähler gewählt. Entsprechend ist das Ergebnis der Wahl in Neukölln, dessen Stadterwaltung bekanntlich bis vor kurzem unter der Herrschaft der Spartakisten stand. Soweit bisher bekannt, haben erhalten: die Mehrheitssozialisten 72 675, die Unabhängigen 48 750, die Deutsche Demokratische Partei 22 125, die Deutschnationale Volkspartei 9225, die Christliche Volkspartei 4725, die Deutsche Volkspartei 3000 Stimmen.

Kassel: Nach den bisher vorliegenden Einzelmeldungen aus dem 19. Wahlkreis scheinen die Wahlen von sechs bis sieben Sozialdemokraten, drei Demokraten, zwei Deutschnationalen und je einem Kandidaten der Christlichen und der Deutschen Volkspartei sowie der Unabhängigen gesichert. Sicher gewählt ist Scheidemann.

Leipzig: Das Gesamtergebnis in Leipzig beträgt: D. N. Sp. in Leipzig-Stadt 11 316, Leipzig-Land 11 715, Zentrum und D. Volksp. 1111 (158), D. Dem. P. 45 224 (23 091), Soz. 21 091 (24 058), U. S. P. 49 149.

Dresden: Bis 1 Uhr nachts wurden im Wahlbezirk Dresden gezählt: D. Nat. Sp. 26 887, Zentrum 4 044, D. Volksp. 32 270, D. Dem. P. 37 226, Soz. 124 791, U. S. P. 324.

Dresden: Soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, sind im Wahlkreis Dresden 7 bis 8 Mehrheitssozialisten, 2 bis 3 Deutsche Demokraten und je ein Kandidat der Deutschen Volkspartei oder der Deutschnationalen Volkspartei gewählt. Die Unabhängigen Sozialisten sind leer ausgegangen.

Chemnitz: In Witzsch (30. Wahlkreis) sind allem Anschein nach 8 Mehrheitssozialisten, 1 Unabhängiger, 2 Deutsche Demokraten und 1 Deutschnationaler gewählt. Soweit bekannt, ist die Wahl in ganz Sachsen vollständig ruhig verlaufen.

Chemnitz: Das Gesamtergebnis in der Stadt Chemnitz beträgt: D. Nat. Sp. 42 012, Zentrum 1639, D. Dem. P. 54 133, Soz. 190 988, U. S. P. 17 871.

Flaun: (Vogtland): 7800 Deutschnationale, 14 900 Deutsche Demokraten, 18 000 Mehrheitssozialisten, 11 200 Unabhängige und 500 Zentrum.

Wiesbaden: 4800 Deutschnationale, 11 700 Deutsche Demokraten, 19 200 Sozialisten und 280 Zentrum.

Gotha: Die bis jetzt vorliegenden Teilergebnisse lassen einen starken Rückgang nach links erkennen. Ohne bestimmte Zahlen zu nennen, ist vorauszusehen, daß von den 14 Mandaten voraussichtlich 7 an die Sozialdemokraten, 4 an die Deutsche Demokratische Partei und 3 an die Deutschnationale Volkspartei fallen werden.

Hannover: Wahlkreis 16, Stadtelektronat. Bremen, Mehrh. Soz. 89 429, Reichs. u. Reichsp. 22 263, Reichs. u. Reichs. D. 1879, Reichs. P. 28 857, Hanj. u. Braunj. u. Braunj. u. Braunj. 3, von der Wende, D. N. L. 5305, Albers, Reichs. u. Reichs. 42 169.

Wien: Wahlkreis 1, Reichs. u. Reichsp. 2963, Reichs. 1111, Wende 2203, Wende 3341, Albers 6454. Zwei Mandate gehen nach.

München: Das Gesamtergebnis in der Stadt München beträgt: D. Nat. Sp. 7 145, Zentrum 77 304, D. Dem. P. 9821, Soz. P. 147 263, U. S. P. 34 195.

Götting in Frankreich und Belgien.

Über die politische Lage in Frankreich schreibt die sozialdemokratische „Berliner Logenzeitung“: Frankreich geht schmerzlicher als dem Sozialismus, und nur das ist der Grund, weshalb die Herren Richter von einer wackeligen Niederwerfung des russischen Sozialismus nichts mehr wissen wollen. Der Richter des Kampfes hat nach der Feststellung des Berliner „Sozialisten“ vom 7. Januar wörtlich folgendes gesagt: „Unser Sozialisten, deren Stärke von diesem vierjährigen Kriege erloschen worden sind, werden bald von dem Sozialismus verdrängt werden. Entweder durch Briefe oder durch Ungehörigkeit der Sozialisten in Frankreich hingerichtet werden, oder in ihrem Schicksal mit dem ganzen Lande Dankschuldigen werden.“

Die Götting unter den belgischen Soldaten und der belgischen Zivilbevölkerung beginnt sich bedenklich zu steigern. Es herrscht allgemeine Erbitterung über die strengen Maßnahmen der Militärbehörden. In Gent hat ein Riesenmarsch von 15 000 belgischen Offizieren und Frontsoldaten stattgefunden, ohne daß die Regierung es wagte, einzuschreiten. In Brüssel stand der königliche Palast und die sonstigen öffentlichen Gebäude von französischen Truppen besetzt worden.

Waffenstillstand und Frieden.

Die verschärften Waffenstillstandsbedingungen

haben schließlich noch eine kleine Abmilderung erfahren. Wie die „Völkische Zeitung“ mitteilt, sind die ursprünglichen Zahlen der abzuliefernden landwirtschaftlichen Maschinen allerdings in den neuen Waffenstillstandsvertrag aufgenommen worden, aber mit der Maßgabe, daß Deutschland nicht verpflichtet ist, die volle Menge bis zum 1. Juni 1919 zu liefern und daß aus der Nichtlieferung von gegnerischer Seite keinerlei Konsequenzen gezogen werden. Vermutlich wird bis dahin der Friede geschlossen sein. Immerhin wird auch nur die teilweise Ablieferung der Maschinen für unsere eigene Landwirtschaft und ihre Ertragsmöglichkeit von verhängnisvoller Bedeutung sein können. Hoffentlich gelingt es bei den Friedensverhandlungen, diesen gegen Deutschland gerichtete Verleumdungen der französischen und belgischen Imperialisten einzudämmen.

Der Gesamtwert der abzugebenden Maschinen beträgt 73 Millionen Mark, d. h. bei einer Lieferung von 5 Monaten 500 000 Mark pro Tag. Der Geldwert wäre nur der zehnte Teil des Wertes der ursprünglich geforderten 500 Lokomotiven und 19 000 Waggons. Schließlich hat Foch auf die scharfe Auffassung des französischen Finanzkontrolleurs betreffend die Kontrolle aller deutschen Werte mit der Bemerkung verzichtet, daß sei nicht Gegenstand der Waffenstillstandsverhandlungen.

Keine öffentlichen Verhandlungen.

Für die Pariser Friedenskonferenz wird die Öffentlichkeit der Beratungen abgelehnt mit der Begründung, daß die Präliminarkonferenzen mehr den Charakter von Kabinettsitzungen hätten, von denen kein Mensch Öffentlichkeit erwarten dürfte. Für die allgemeine Konferenz wurde formell der Satz aufgestellt: Die Vertreter der Presse werden zu den Sitzungen der allgemeinen Konferenz zugelassen. Aber bei den notwendigen Gelegenheiten werden die Beratungen der Konferenz geheim abgehalten.

Die Friedenskonferenz

wurde, wie gemeldet, am Sonnabend eröffnet. Präsident Wilson hielt die Eröffnungsrede, die die bekannten Redensarten enthielt. Wilson schlug die Wahl Clemenceaus zum ständigen Präsidenten der Konferenz vor. Lloyd George und Sonnino unterstützten den Vorschlag. Clemenceau wurde einstimmig gewählt. Er nahm die Wahl mit Dank an, bat um schnelle Erledigung des Friedensprogramms und sagte, er habe zwei Briefe wegen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des früheren Kaisers am Rat gefragt und jedem Vertreter eine Abschrift der Entschlüsse zuzustellen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Deutscher Protest an Rußland.

Die Reichsregierung ließ wegen der Unterstützung des Spartakusaufstands durch die russischen Bolschewiken, wie bereits kurz gemeldet, einen Protest an die russische Regierung jucken, der folgenden Wortlaut hat:

Bei der Unterdrückung der aufständischen Bewegung, die hier kürzlich von einer terroristischen Gruppe zwecks politischer und tatsächlicher Vergewaltigung des deutschen Volkes unternommen wurde, sind unüberlegliche Beweise dafür zutage getreten, daß diese Bewegung mit russischen offiziellen Mitteln und von russischen Organen unterstützt ist und daß russische offizielle Persönlichkeiten an ihr teilnahmen. Die deutsche Regierung legt gegen diese unzweifelhaft verbrecherische Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands strengste Verwahrung ein. Sie sieht zunächst davon ab, aus diesem Grunde allen russischen Staatsangehörigen, die sich bisher frei in Deutschland aufhalten konnten, das gewährte Gastrecht zu entziehen, wozu sie an sich berechtigt wäre. Sie will jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß gegen alle Russen, die sich der Unterstützung der aufständischen Bewegung schuldig machten, oder noch in diesem Sinne tätig werden, auf das schärfste vorgegangen wird.

gez. Ebert, gez. Scheidemann.

Zur Siebnacht-Luxemburg-Dragedie.

Das Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division setzt 10 000 Mk. Belohnung für alle Personen aus, welche sachdienliche an das Gericht im Eden-Hotel zu richtende Angaben machen können: Heber den Bergang bei dem angeblichen Findtverrat Dr. Liebknechts, zur Ermordung der Täter, welche Frau Dr. Engemilg mißhandelt und verschleppt haben und für die Auffindung der Frau Dr. Luxemburg oder ihrer Leiche. In ihrer Ausgabe vom 16. Januar bringt die „Leipziger Volkszeitung“ eine unbestimmt lautende kurze Meldung über die Lösung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und knüpft daran folgende Bemerkung:

Sollen die Hundstunde der Ebert-Scheidemann-Moste ihr Werk vollbracht haben, soll die Regierung der Sozialisten ihr Schandwerk mit der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs getrieben haben? Was die Regierung Wilhelm II. nicht vollbracht hat, die Hinordnung dieser beiden Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, das soll jetzt unter der Herrschaft der Ebert-Scheidemann-Moste geschehen sein? Und am Schluß heißt es:

Hört nur der Regierung der Sozialisten, hinweg mit Ebert-Scheidemann-Moste!

Wirklich ein schöner Ton eines Volkes, das sich einbildet, für den Sozialismus zu wirken.

Durch die Presse geht die Mitteilung, die Unabhängige Partei habe als Protest gegen die Lösung Liebknechts und Rosa Luxemburgs und als Demonstration gegen die Regierung Ebert-Scheidemann die Proklamation des Generalstreiks in ganz Deutschland beschlossen. Als Zentrale der Streikleitung ist Braunschweig bestimmt. Der Generalstreik werde für ganz Deutschland wahrscheinlich in die Zeit vom 21. bis 25. Januar gelegt werden und — drei Tage dauern. Die Delegierten der Unabhängigen in Berlin, Braunschweig und Leipzig haben in Braunschweig die Einzelheiten

des Streiks konzipiert und nochmals versucht, die Generalstreik Ebert und Scheidemann zum unverzüglichen Rücktritt zu veranlassen.

Spartakisten und Spindel.

Die „Freiheit“ teilt mit, daß der Kommandeur der Spartakusbefehl im Moskauer. Nach, der die ganze Aktion im Zeitungsdirektor mit geleitet habe, als langjähriger, bezahlter Agent des großen Hauptquartiers in der Schweiz festgesetzt worden sei. Die kommunistische Partei und der rote Soldatenbund hätten ein Untersuchungsgericht eingesetzt.

Reichsbevollmächtigter für den Bergbau.

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Kohlenbergbau bis zu einer gesetzlichen Regelung durch das Reich unter der Kontrolle von Reichsbevollmächtigten zu stellen und erläßt eine entsprechende Verordnung. Die Ernennung soll für die einzelnen größeren Kreise erfolgen. Den Reichsbevollmächtigten werden Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer beigegeben werden. Die Ernennung aller dieser Personen soll u. a. nach den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Unternehmer und Arbeitnehmerverbände erfolgen. Die wirtschaftlichen Folgen auf dem Gebiete der Kohlenförderung und -verwertung sollen überwacht und zugleich auch die Preisbemessung kontrolliert werden. Auf Grund der Verordnung vom 23. Dezember 1918 sollen Arbeitervertretungen (Zechen- oder Bergwerksräte) aus unmittelbarer und geheimen Wahlen nach dem Grundzuge der Verhältniswahl hervorgehen. Ueber die Vertretung der Arbeiter und Angestellten zusammengehöriger Bergwerksbetriebe soll noch eine Verordnung nach dem Vorbilde der Handelskammerverordnungen zum Reichsbevollmächtigten für das rheinisch-westfälische Gebiet sind ernannt worden: Geheimrat Köhlig im Handelsministerium, Direktor Bogler in Dortmund und der Gewerkschaftsbeamte Otto Hue.

Die Beschwerde der Soldatenräte.

Zwischen den Truppen, welche die Regierung nach Berlin geholt hat, und den Soldatenräten der Berliner Garnisonstruppen besteht eine gewisse Eifersucht, die in einer Sitzung der Berliner Soldatenräte stark zum Ausdruck gekommen ist. Besonders Brutus Molkenbühr, der seit längerer Zeit auch in der Berliner Kommandantur mitwirkt, hat seiner Abneigung und seinem Mißtrauen gegen die Armee-Moske deutlich Ausdruck verliehen. Aber Brutus Molkenbühr ist dabei vollständig im Unrecht. Er behauptet selbst, daß die Berliner Truppen die Pflicht gehabt hätten, den Gewalttätigkeiten des Spartakusbundes von vornherein entgegenzutreten. Als die Zeitungen widerrechtlich besetzt wurden, haben sie sich alle an die Kommandantur, haben sie sich alle an Brutus Molkenbühr gewandt. Sie haben mitgeteilt, daß die Spartakushäuptlinge, welche die Zeitungen besetzt hatten, ganz klein seien und daß man mit ein paar Duzend entschlossener Leute den ganzen Aufstand im Keime unterdrücken könnte. Die Antwort der Kommandantur gegenüber allen Anfragen blieb die gleiche: sie habe nicht einen einzigen Mann zur Verfügung, den sie für die Wiederbesetzung der Zeitungen aussenden könnte. Bei diesem totalen Versagen der Berliner Garnisonstruppen haben sie gar kein Recht sich zu beklagen, daß die Regierung sich nach anderer Hilfe hat umsehen müssen. Bei einer weiteren Verhandlung bezeichnete Molkenbühr das Ergebnis als befriedigend.

Die Soldatenräte nahmen einstimmig eine Resolution an, in der sich sämtliche Truppen Groß-Berlins verpflichten, die Regierung bei der Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Andererseits verlangen sie, daß nach Abschluß der Wahlen die Truppen von Berlin zurückgezogen und die Freiwilligen-Korps entwaffnet und aufgelöst werden.

Rücktransport deutscher Soldaten und Zivilisten.

Den festen Bemühungen der Waffenstillstandskommission, den Rücktransport von 25 000 in Nikolajew zusammengezogenen Soldaten und deutschen, in Haibar Pascha befindlichen Nichtmilitärs, einschließlich Frauen und Kinder, zu erwirken, scheint endlich ein Erfolg beschieden zu sein. In einer mündlichen Besprechung erklärte sich Foch grundsätzlich bereit, den Rücktransport auf dem Seewege, der allein in Frage kommt, in Angriff zu nehmen. Sämtliche alliierten Regierungen mit einer einzigen Ausnahme haben schon ihre Zustimmung gegeben.

Kleine politische Nachrichten.

Die Kassa, die Berliner Niederlassung der russischen Telegraphenagentur, hat im Dezember 68 Angestellte beschäftigt und für sie 25 400 Mark im Monat bezahlt. Das Höchstgehalt betrug 1000 Mark, aber die führenden Personen haben auch ihre Frauen im Bureau der Kassa angestellt und auf diese Weise doppeltes Gehalt bezogen.

Branting, der Führer der schwedischen Sozialdemokratie, ist auf der Durchreise nach der Schweiz in Berlin eingetroffen.

Die Nachricht von dem Tode des Oberst Hause hat sich nicht bestätigt.

Zum polnischen Ministerpräsidenten wurde Paderewski ernannt.

Der Volksrat in Düsseldorf verbot das Erscheinen der „Düsseldorfer Zeitung“ und des „Düsseldorfer Tageblattes“ auf eine Woche.

Frankreich.

Foch über die deutsche Hungernot. General Foch hat in einer Unterredung, die er verschiedenen Pariser Berichtserstatern gewährte, bezüglich der deutschen Lebensmittelnot erklärt: Wenn die Deutschen laut über ihr Elend klagen und um Lebensmittel bitten, übertreiben sie nicht. Die Bevölkerung befindet sich ohne Zweifel in einem Zustande, der an Hunger, not grenzt. — Amerikanischen Pressevertretern erklärte Foch, die natürliche Grenze, die die Zivilisation schützen wird, ist der Rhein. An ihm müssen wir die Deutschen halten. Der Rhein ist eine Friedensgarantie für alle Nationen, die ihr Blut für die Sache der Freiheit vergossen haben. — Ganz wie Lubensdorff und Konstantin!

Rußland.

Schwierige Lage in Petersburg. Die kommunistischen Führer erklärten, daß die Lage der Stadt sehr ernst ist und daß die Truppen die Stadt räumen müßten. Die Abteilungen, die nach der Front in Einsatz gesandt werden sollten, weigerten sich, zu kämpfen und ließen Waffen und Munition im Stich.

Schweden.

Son Fortschritt der sozialistischen Idee. Nach Stockholm „Socialdemokraten“ beabsichtigt die schwedische Regierung die Ausgabens für Meer und Flotte so zu beschränken, daß neue Schiffe nicht eingeführt zu werden brauchen und hält diesen Plan gegenwärtig für durchführbar. Die schwedische Regierung hat kürzlich

ein Komitee aus Mitgliedern aller parlamentarischen Gruppen
eingesetzt, um die Frage der Abzählung zu behandeln. Die sozial-
demokratische Reichstagsgruppe verteilte u. a. der Volkskammer
der Stadtpolizei „Sozialdemokrat“, Gaußmann. Der führende
Reichstag ist in diesen Tagen wieder zusammengefallen. Die
erste Tagung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eröffnete
Branting mit einer Rede, in der er die Bedeutung der vom
außerordentlichen Reichstag beschlossenen Verfassungsreform kurz
unterstrich. Die Macht der Sozialdemokratie werde wachsen, und
deshalb würden immer größere Forderungen an Kraft, Zusammen-
halt und Urteilskraft der Reichstagsfraktion gestellt. Die
Wege, die bisher geschritten wurden, um für die Arbeiterklasse
möglichst viel herauszuschlagen und eine möglichst vollständige Ver-
wirklichung der sozialistischen Ziele vorzubereiten, müssten weiter-
hin auch beschritten werden. — Branting wurde zum Vorsitzenden
der Fraktion wiedergewählt.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 20. Januar.

Aufruf!

Vor 100 Jahren erging in der schwer bedrängten Napoleonzeit
an jeden Deutschen der Ruf, in das Freiwilligenheer einzutreten
und es blieb keiner zurück. Wieder erkönt der Ruf am
Euch, Heimat und Heer gegen den feindlichen Einfall der Polen zu
schützen.

Nicht der Rührung, das deutsche Empfinden ruft Euch
fest!

Keiner darf fehlen!
Mit deutschem Schwert und Fleiß aufgebautes Land soll uns er-
stehen werden.

Um das Eigene geht es!

Setzt, das Ihr deutsch denkt, deutsch führt.

Zu den schmählichen Waffenstillstandsbedingungen noch die
Freiheit der Polen ertragen? Niemals kann und wird ein deut-
scher Jüngling, ein deutscher Mann sich das gefallen lassen.

Zeigen wir weiterhin, das wir stolz sind, Deutsche zu sein;
zeigen wir dem Auslande durch freiwilligen Eintritt in das
Grenzschutzheer, das wir unser Nationalgefühl noch besitzen und er-
halten wollen.

Wollen wir ein Häuflein Polen über uns triumphiert lassen,
nachdem wir 54 Monate allein einer Welt von Feinden un-
gefragten Stand gehalten haben?

Jedes eigene Interesse hat zurückzutreten.
Auf! Strömt in Massen in das Freiwilligen-
Heer!

Jede Bahnhofscommandantur gibt Auskunft über das nächst-
liegende Werbubureau.

Anmeldungen in Lübeck beim Werbubureau: Markt-Kassette,
Zimmer 30.

Arbeiter und Soldatenrat.
Rathschub, Jaster, Mehrlein.

Zur Wohnungsfrage

erläßt der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung
zwei wichtige Verordnungen. In der einen Verordnung wird die
Vermietung von Wohnräumen an Auswärtige ohne Genehmigung
des Einigungsamtes verboten und zugleich bestimmt, das das
Einigungsamt die Genehmigung nur aussprechen soll, wenn zwin-
gende Gründe gegeben sind. Es ist möglich, das an Auswärtige
vor Erlaß der Verordnung vermietet, die Wohnungen aber nach-
träglich bezogen sind. Sollen die vor Erlaß der Verordnung bereits
vermieteten Wohnungen nach dem 1. März 1919 bezogen werden,
ist auch für die Ueberlassung der Wohnungen die Genehmigung
des Einigungsamtes erforderlich. — Die zweite Verordnung weist
in eindringlicher Form auf die Notwendigkeit hin, der schwierigen
Lage des Wohnungsmarktes Rechnung zu tragen und auf eine hin-
reichende Ausnutzung des vorhandenen Wohnraumes bedacht zu
nehmen. Die Wohnung richtet sich vor allem an Inhaber größ-
erer Wohnungen, die nur von einzelnen Personen benutzt werden.
In der gegenwärtigen Zeit ist es nicht mehr angebracht, das zwei
und drei Familien in einer Wohnung zusammengepöckelt sind, wäh-
rend an anderer Stelle eine einzelne Person für sich allein ein
ganzes Haus oder eine größere Wohnung inne hat. Um für den
Fall, das die Aufforderung des Demobilisierungsamtes keine
hinreichenden Erfolg hat, sofort mit Zwangsmaßnahmen ein-
zutreten zu können, wird eine Meldepflicht für Inhaber bewoh-
nbarer Räume vorgeschrieben, soweit für jedes Haushaltsmitglied
mehr als zwei Wohnräume, für jedes Kind unter 16 Jahren mehr
als ein Wohnraum vorhanden sind. Die Meldungen sind dem
kommunalen Wohnungsnachweis, Mengstraße 28, bis zum 27. d.
Mts. zu erstatten. — Beide Verordnungen bedecken stark, und
nach Lage der Sache unvermeidliche Eingriffe. Blühliche Be-
folgung der Bestimmungen ist wegen der schwierigen Lage des
Wohnungsmarktes, aber auch mit Rücksicht auf die hohen Gebir-
strafen geboten, mit denen die Nichtbeachtung der Verordnungen
bedroht ist.

Arbeitsregister. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Dezember auf 1404 (1002), die der Besucher auf 1482 (1063). (Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorhergeh- enden Monats.) Davon kamen in derselben Sache wiederholt 72 Personen. Mitteln sind im Dezember 1332 neue Fälle bearbei- tet worden. Auskünfte wurden erteilt 1463 (1049), darunter nach auswärts schriftlich 79 (54). Von den Besuchern waren organi- siert 849 (421) Personen, und zwar gewerkschaftlich 292, politisch 27, gewerkschaftlich und politisch 629. Unter den verbleibenden 333 Nichtorganisierten befanden sich 615 Angehörige von Organi- sationen und 7 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 892 (477) männlich, 388 (386) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeit- nehmer und deren Angehörige 1435 (1017); selbständige Gewerbe- treibende, Beamte usw. und deren Angehörige 45 (46); Organi- sationen 2 (—). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 1262 (828) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 116 (90), Döbenburg 67 (67), Mecklenburg 16 (34), Preußen 25 (27) und sonstige 6 (21). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeits- versicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 145 (162), Privatunfallversicherung 5 (2), Arbeits- und Dienst- vertrag 223 (182), bürgerliches Recht 293 (299), Strafrecht 65 (115), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 690 (293), Ver- eins- und Besammlungsrecht 1 (—), Arbeiterbewegung 3 (17), Privatversicherung 9 (9), Handels- und Gewerbetätige 9 (4), Verschiedenes 20 (16). Von den Auskünften machten 362 (326) die Anfertigung von 612 (410) Schriftstücken erforderlich; außer- dem gingen aus 19 (11) sonstige Briefe und Anstalten. Ein- gängen 322 (222) Postsendungen. Der 12. Dezember zeigte mit 86 (69) die höchste, der 16. Dezember mit 59 (29) die niedrigste Be- sucherzahl.

Anordnung an die Arbeitgeber. Unter dem 19. Januar hat der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung eine Anordnung an die Arbeitgeber erlassen, die i. Zt. in unserem Blatte veröffentlicht ist. In dieser Anordnung werden die Arbeit- geber aufgefordert, angelegentlich Maßnahmen zu treffen, um Ar- beitsplätze für stellenlose Kriegsteilnehmer frei zu machen, soweit die Plätze noch von weiblichen Kräften besetzt sind, die nicht drin- gend auf Erwerb angewiesen sind. Zugleich wurden in jener An- ordnung die Arbeitgeber aufgefordert, dem Demobilisierungsamt bis zum 20. Januar Namen, Geburtsdaten, Beschäftigungs-

art und Beschäftigungsdauer aller weiblichen Handels- und
Gewerbetreibenden schriftlich anzugeben, die am 15. Januar in den
Handels- und Gewerbebetrieben beschäftigt sind, mit dem Hinweis
auf die wöchentlichen Kräfte durch männliche Erwerbslose er-
füllt werden sollen und aus welchen Gründen bei den anderen
weiblichen Kräften von einem Austausch abgesehen wird. Soweit
die Listen bereits der Garnison-Nacharbeiterabteilung auf Grund
der Bekanntgabe des L. und S.-Kates vom 6. Januar eingereicht
sind, enthält sich die Einreichung an den Demobilisierungsamt.
Die Arbeitgeber werden, soweit sie Listen noch nicht ein-
gereicht haben, an die rechtskräftige Einreichung hiermit erinnert.
Wer die rechtskräftige Einreichung unterläßt, hat Befreiung mit
Geldstrafe bis zu 10000 Mark zu gewärtigen. Auf eine nachrück-
liche Durchführung dieser Anordnung ist zu rechnen, da die große
Zahl der erwerbslosen aus dem Kriege heimkehrten Handels- und
Gewerbetreibenden nachdrücklich Maßnahmen erfordern.

Kontrollkommission. „Zur Mittelung der Waffenstillstands-
kommission (Wako) in Spaar besteht in den Entente-Ländern der
Verdacht, das in Deutschland zahlreich Kriegs- und Zivilgefan-
gene der Entente verhaftet gehalten werden. Um diesen ganz un-
gehörigen Verdacht zu widerlegen ist seitens der Wako mit den
Vertretern der Entente verhandelt worden, das Kommissionen, be-
stehend aus neutralen und alliierten Delegationen die Lager, La-
garett, Irrenanstalten, Gefängnisse und Arbeitsstätten, wo im
Laufe des Krieges sich Kriegsgefangene der Entente befinden
haben, aufzusuchen, um sich zu überzeugen, das Gefangene dort
nicht zurückgehalten werden.“

Das Kriegsministerium hat daher angeordnet, das diesen
Kommissionen zu allen obengenannten Orten und solchen, wo
Gefangene verwahrt werden, Zutritt gewährt wird. Gegen alle
Personen, die die Anwesenheit eines noch in Deutschland befind-
lichen Angehörigen der alliierten Nationen: Franzosen, Belgi-
en, Engländer, Serben, Italiener, Portugiesen, Spanier, Amerikaner,
Routenregimenter, Griechen und Brasilianer verhindern, wird in
Anbetracht der für das Deutsche Reich zu erwartenden schweren
Verwicklung, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen in Ver-
tracht kommen, wegen Hoch- und Landesverrats strafrechtlich ein-
geschritten werden.“

Waffenverkäuferinnen, die sich ein Einkaufen, Verfloren und
Verkauf sichern wollen, werden gebeten, sich um die vielen
offenen Stellen im Haushalte zu bewerben. Die augenblicklich
in schweren Zeiten bieten wenig Gelegenheit zur Arbeit in den
Küchen. Was aber an Aufträgen ausgeführt werden soll, das
schreibt unseren heimkehrenden Kriegern. Sie alle haben für uns
gelitten und geduldet in den letzten Jahren, sollen wir ihnen da
nicht die Wege in der Heimat ebnen, indem wir ihnen Verdienst
überlassen? Die Frauen und Mädchen gehören in erster Linie ins
Haus, es ist die Naturart, die ihnen am besten liegt und aus
ihren Köpfen sie nicht durch Männer verdrängt werden. Wer im
Haushalt eine Stellung hat, bei dem fällt die bange Sorge weg:
wird morgen noch Arbeit sein und wo finden wir etwas wieder?
Um den Hausangehörigen mit Kleidung und Wäsche zu helfen,
sind Schritte unternommen worden, für wenig Geld einfachen
praktischen Ertrag zu schaffen. Die Hausfrauen nehmen auch
Rücksicht auf die schwere Zeit und sind mit einem lauberen Kleid
aufzuziehen. Im Arbeitsnachweis, Untertrone 104, Zimmer 19,
werden kostenlos Stellen nachgewiesen.

Der frühere Volksschauspieler Barth sollte hier am Sonn-
abend in einer von den Unabhängigen einberufenen Volksver-
sammlung im Generalkasino sprechen. Er war aber nicht
erschienen; deshalb fiel die Versammlung aus.

Die „Deutscher Demokrat“ machten am Sonnabend in einer
stark besuchten Volksversammlung in der Stadthalle den letzten
angelegentlichsten Versuch, Stimmen für sich einzufangen. Die Aus-
führungen von Stubmann ließen auf großen Widerspruch. In
der Debatte traten Genosse Dreger und andere Genossen ihm ent-
gegen.

Sie will es nicht gewesen sein. Die „Blattdeutsche
Volksgemeinschaft“ bietet uns, mitzuteilen, das sie mit
dem fröhlischen plattdeutschen Flugblatt nichts zu tun hat.
Das Wahlwerbeblatt ist von der Demokratischen Partei aus-
gegeben. Die Silbe hält sich ausdrücklich auch in Zukunft von
jeder politischen Betätigung fern und dient nur der Pflege des
Blattdeutschen.

Geschickenes Geredet. Bei der Waffenstillstandskommission
ist folgendes zur Sprache gebracht worden: Durch die Blän-
dungen von Dantsch und Söckern in Mainz, Köln, Koblenz und
anderen des besetzten und neutralen Gebietes sind außerordent-
lich hohe Werte von Staatsvermögen verloren gegangen. Es ist
zu befürchten, das derartige Vorkommnisse auch im Innern
Deutschlands im größeren Umfange eintreten. Die Entente ver-
tritt den Standpunkt, das durch solche Ereignisse das deutsche
Staatsvermögen beträchtlich vermindert und hierdurch die Entente
geschädigt wird. Sie glaubt, das Deutschland absichtlich her-
ausgeländete und vergebendes Heeres- und Staatsvermögen
Ersatzansprüche stellt und das Deutschland außerordentlich schwere
Geidbüden auferlegt werden, wenn solche Vänderungen nicht
vermieden werden.“

Dies muß für alle eine ernste Warnung sein. Jeder Staats-
bürger muß sich verpflichtet fühlen, den Vänderungen und Dieb-
stählen von Staatsvermögen durch Anzeige entgegenzutreten.“

Ergebnisse der Verhandlungen. Auch die Freunde des
Tabaks bleiben von dem Ergebniss der Verhandlungen nicht verschont.
Eine starke Berliner Firma ist auf den Gedanken gekommen, den
gänglichen wertlosen Tabakfabrikat in Tabletten zu pressen und diese
dann unter der hochklingenden Bezeichnung „Prenia“, Kautabak-
tablets, Fein-Ertrag! Aus reinem Tabak hergestellt“, in den
Handel zu bringen. Beim ersten Kaufverzicht zerbröckeln diese Ta-
bletten, und man hat den ganzen Mund voll Tabakfabrikat. In der
Zeitung wird dieser kausale Kautabak als „Kautabak in Rollen“
angepriesen, um den Leser irren zu lassen. Derliche ist die Firma
F. Jett, Berlin S.W. 29. In den Handel gebracht wird
Prenia, der besten Verkauf als nur gewärtigt werden kann, auch
von dem Zigarettenhändler W. Wetz in S.J.H.M. Alle Die-
jenigen, die durch den Ankauf von Prenia geschädigt sind, wollen
ihre Erfahrungen der Zentralstelle zur Bekämpfung d
der Schwindelfirma, Lübeck, Parade 1, mitteilen.

Stadttheater Lübeck. Morgen, Dienstag, den 21. Januar,
gelangt zum erstenmal „Sigurd Waga“, ein sehr interessantes
vieraktiges Schauspiel des Norddeutschen Johan Bojer zur Auffüh-
rung. Prolog und pessimistische Anschauungen kämpfen in die-
sem Werke einen fesselnden dramatischen Kampf, von dem mar-
kant gehaltenen interessanten Gebalten geführt. Der Glaube an
das Glück ist das stehhafte Problem des Stückes, dessen Gehalt
sicherlich nicht ohne Eindruck auf das Publikum bleiben wird. Herr
Direktor von Bongardt legt das Werk in Szene.

Der Dante-Gesellschaft. Der so viel Geklämmerte
wird auf vielfachen Wunsch am Donnerstag noch einmal
geben. weil viele bei der letzten Wiederholung seinen Blick
mehr erhielten. Als besondere Zugabe wird Herr Albert die
neue Pantomime von ihm „Wahlkapitulanz“ bringen. (Siehe
Anzeiger.)

Geistliche Sätze. Von einer Patriotte der Soldatenwehr
wurde in letzter Nacht ein Mann angetroffen, als dieser ein Bün-
del leere neue Sätze in einem Gang der Obertrons hineinschleppte.
Bei genauere Untersuchung stellte sich heraus, das in dem Gang
schon 4 Bündel Sätze lagen. Der Mann, der die Sätze gestohlen
haben dürfte, ergreif, als er sich beurlaubt sah, die Flucht. Die
Sätze wurden in die Kammerwache geschafft, wo sie von dem recht-
mäßigen Eigentümer in Empfang genommen werden können.

Die Klucht des Schneewittches. Wie bereits berichtet, war
in der Nacht zum 13. ds. Mts. ein Mann festgenommen, als er im
Begriffe stand, ein Schneewitz zu fesseln, welches in einem Stall auf
der Wallsteininsel untergebracht war. Sein Komplize entkam
durch die Flucht. Der in der Schwanenwegstraße 26 wohnhafte
Pferdebesitzer, Arbeiter Wilhelm Borchert, gab am 20. d.

1890 in Lübeck, leistete kurz vor dem Bureau der Reichsanwaltschaft
seiner Sittierung Widerstand und suchte zu entfliehen. Der ihn
führende Polizeiwächter gab daher einen Schuß auf Burmeister ab
und traf ihn in das Gesicht. Burmeister wurde nach Anlegung
eines Verbandes dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt, wo er
in einer Gefangenen-Krankenstube untergebracht war. Von dort
ist Burmeister gestern abend wahrscheinlich mit Hilfe seiner Kom-
plices, die das Durchdringen der Gitterstäbe seiner Zelle von außen
übernehmen hatten, entwichen, obwohl sich das Gesicht noch in
der Wunde befindet.

Stadelbof. In letzter Stunde wollte am Sonnabend
abend Herr Reuner nach die Chancen der demokratischen Volks-
partei verbessern. Er fand mit seinen recht oberflächlichen An-
sichtungen bei der zahlreichen besuchten Volksversammlung keinen
Anklang. Die Genossen Löwig, S. Fied und Gae trafen
ihm unter lebhafter Zustimmung fest sämtlicher Anwesenden ent-
gegen. Herr A. Bape sprach vergeblich, die Situation für die
Deutsch-Demokraten zu zeiten.

Hamburg. Verbot öffentlicher Aufsichtsbereitungen.
Der Arbeiter- und Soldatenrat hat als Protest gegen den
Mordmord an Liebknecht und Rosa Luxemburg in Hamburg
und Umgebung am Sonnabend alle öffentlichen Aufsichtsbereitungen
verboten. Theater, Konzerte, Feste und Ainos müssen
geschlossen werden. Von bürgerlicher Seite wird gegen diese
Zwangsmassnahme protestiert.

Bremen. Es geht nicht ohne Volksvertretung.
Noemanns Teleg.-Bureau meldet amtlich: Am dem bremischen
Stadt die Grundlage zu geben, die die Stettigkeit der Verwaltung
und insbesondere den finanziellen Bestand des Staates gewähr-
leistet, und da der Zusammenhang mit dem übrigen deutschen
Wirtschaftsgebiet auf andere Weise nicht möglich ist, hat der Rat
der Volksbeauftragten bei dem Arbeiter- und Soldatenrat den
Antrag gestellt, alsobald die Wahlen zu einer bremischen Volks-
vertretung auszuführen, die auf dem allgemeinen und gleichen
Wahlrecht nach dem Grundsatz der Verhältniswahl beruhen. Die-
ser Volksvertretung allein soll die Gesetzgebung und damit sowohl
das Recht zur weiteren Ausgestaltung der Verfassung als auch
ausschließlich die Berufung der vollziehenden Gewalten zustehen.

Neueste Nachrichten.

Stettin, 19. Januar. Nachdem Zeitstreit vorausgese-
hen waren, ist es Sonnabend in Leipzig vom Generalkreis gelom-
men. Morgens 9 Uhr hat sich vom Viehplaz aus ein großer De-
monstrationszug, in dem zahlreiche rote Fahnen mitgeführt wor-
den, durch die Straßen der Stadt nach dem Augustusplaz zu in
Bewegung gesetzt, wo Ansprachen gehalten wurden.

Stettin, 19. Januar. Gestern vormittag trat die Arbeiter-
schaft der Hütten-Werke in den Ausstand, der als Protest gegen
die Lösung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gedacht ist.
Dagegen verzichtete sich die Arbeiterschaft der Vulkanwerk ab-
sehend.

Die Frage der Auflösung der Blockade.
Amsterdam, 19. Januar. Nach einer Pariser Meldung
hat die Konferenz der Alliierten dem Vorschlage Wilsons zuge-
stimmt, die Blockade gegen Deutschland nach erhaltenen Garantien
aufzuheben.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion
der Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Der Dank der Heimat. Ein Mahnruf an die Beamten.

Die Kriegsteilnehmer, darunter eine große Zahl Beamten,
sind in die Heimat zurückgekehrt. Wie haben wir uns während der
langen Zeit aller Leiden und Gefahren, aller Not und Entbeh-
rungen nach der Familie, nach unserer Dienststellung in der Hei-
mat zurückgekehrt. Was aber finden wir vor? In der Familie,
die allerdings durch das weitverbreitete Gehalt vor dem Verhun-
gen geschützt geblieben ist, herrscht Not, Müde und Keller sind
leer. Neubekleidung von Bekleidungsstücken, Haus- und Wirk-
schaftsgegenständen mußte unterbleiben. Wertvolles Material
ist zu Kriegszwecken abgefordert worden; was nicht beschlagnahmt,
was im Gebrauch geblieben, bedarf der Reparatur. Die Kosten
der Reparatur allein aber fordern heute einen großen Teil des
unvollkommenen Gehaltes. Wir beanspruchen für die Kriegsteil-
nehmer kaum Anerkennung. Wie finden wir unsere alten Dienst-
stellungen an? Man fragt uns als Keulung von Dienststelle zu
Dienststelle. Ueberall fordert man von uns Ausschilfe in unter-
geordneten Stellen. Jüngere Kollegen, die es verstanden haben,
vom Soeresdienst freizubleiben, sind gekräftigt in bevorzugten
Stellen. Neue Vorgesetzten-Stellen haben die Behörden geschaf-
fen und diese mit den bisher „Unabkömmlichen“ besetzt. Ist
dieser Schlags ins Gesicht, die uns jederzeit versprochen: Dankes-
schuld? Jedenfalls ist die Bevorzugung der bisher Unabkömm-
lichen uns gegenüber auffallend und nicht geeignet, eine Dienst-
freudigkeit in uns zu erwecken. Auffallend ist ferner das krasse
Verhalten der Behörden und auch das der Vorgesetzten uns gegen-
über. Beschäftigten vorgetragene Wünsche werden entweder ohne
Begründung abgelehnt oder aber auch nicht beantwortet. Ent-
spricht diese Handlungsweise dem Geiste der heutigen Zeit? Wir
kennen jetzt die Folgen der unwürdigen Behandlung als Soldaten.
In unserer Dienststellung erwarteten wir nicht allein eine
bessere, eine menschenwürdiger Behandlung, Freiheit und Ge-
rechtigkeit, wir erwarteten vor allem Gleichberechtigung. Um un-
sere Erwartungen aber leben wir uns heute schon betrogen. Sie
sind ideale Begriffe, die uns auch von den Parteien, insbesondere
aber zu den bevorstehenden Wahlen versprochen werden, die man
uns in der Tat aber erschaffen läßt. Das Gehalt der Stunde
fordert von uns, auf der Hut zu sein. Die Selbsthaltungspflicht
verbietet uns auf schöne Worte zu achten. Durch diese sind
wir vor dem Kriege zu unserem eigenen Nachteil betriegt worden.
Man verlangt heute ein gleiches. War man vor dem Kriege und
während der Soeresdienstleistung noch schwanlend, sich zur So-
zialdemokratischen Partei zu bekehren, so muß heute jede Citul-
keit schwinden. Nur in der Sozialdemokratie werden die Wün-
sche des wertvollen Volkes, wozu doch auch wir Beamten gehören,
in der würdigen Weise und vor allem mit Nachdruck vertreten.
Es sei daran erinnert, das die Sozialdemokratische Partei nicht
allein Versprechungen gemacht hat, sondern das sie auch für uns
Beamten, namentlich für die unteren Beamtenklassen jederzeit
im Reichstag eingetreten ist. Erst durch Hinweis der Sozialdemo-
kratie auf die unwürdigen Zustände, Behandlung und Besoldung
der Beamten, haben sich die Behörden bereit gefunden, Abhilfe
zu schaffen. Das wir nicht Sklaven unseres Dienstes geworden
sind, verdanken wir der Sozialdemokratie! Wir schänden uns
selbst, wenn wir dem Gimpelgang der übrigen Parteien fol-
geschaft leisten. Darum müssen und wollen wir zu den bevor-
stehenden Wahlen der Sozialdemokratischen Partei unsere Stim-
men geben.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“
und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für
den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung,
Verleger: Th. Samara, Druck: Friedrich Meyer & Co.,
Lübeck in Lübeck.

Die neuen Preise unserer Damen-Konfektion

wirken überzeugend von der Leistungsfähigkeit dieser bedeutendsten Abteilung
unseres Hauses.

Einige hervorragende Beispiele:

**Wollene
Kleider-Röcke** 48 m. 39 m. **29** m.

blau, schwarz und meist in nur tragfähigen Geweben und bester Verarbeitung.

**Seidene
Kleider-Röcke** 98 m. 89 m. **78** m.

in Taft, Seide, Satin u. anderen mod. Geweben u. Mustern, nur feste Formen.

Blusen 52 m. 41 m. **36** m.

in hell und dunkelfarbigen Seiden, Tüll, Chiffon usw. jugendlich-schöne Formen in unerlässlichlicher Auswahl.

Seid. Kleider 195 m. 165 m. **110** m.

in Taften, seid. Satins und anderen weichen Geweben und Mustern, die neuesten Formen.

Mäntel 145 m. 98 m. **69** m.

Jugendliche und solide Formen in nur guten tragfähigen Stoffen.

Kostüme 325 m. 260 m. **185** m.

in guten wollgemischten Qualitäten, blau, schwarz u. farbig, in modernsten Formen.

Kudolph Karstadt

Lübeck

Kommandit-Ges.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

Zu verkaufen ab unserem Lager Hansastr. 160
größerer Posten gebrauchte leere
Marmeladentässer.

Achtung! Ausschneiden! Achtung!

Ordnung zur freundl. Benützung für das laufende Jahr istum
das der von mir im Handel geb. oder amerikanische Prob-
Kautabak vom 21. Januar 1919 für den Preis von
Mk. 2.25 abgegeben wird. Ein höherer Preis darf auch nicht
von den von mir befreundeten Händlern gefordert werden.

Tabak- u. Zigarren-Haus „Hansa“
Heinrich Metzger
Hauptstr. 92. Huxstrasse 23. Fernruf 823.

**Die
Meggendorfer
Blätter**

sind das schönste farbige
Witzblatt für die Familie

Vierteljährl. 13 Nrn. nur Mk. 4.—, bei
direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag
Mk. 4.50, durch ein Postamt Mk. 4.20.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen wer-
den. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein
Probekaus, der 5 Nummern enthält und bei
jeder Buchhandlung nur Mark 1.20 kostet. Gegen
weitere 20 Pfennig für Porto auch direkt vom
Verlag, München, Permannstr. 5 zu beziehen.

Arbeiter- und Soldaten-Kat.

Mittwoch, den 22. Januar 1919
abends 6 1/2 Uhr

Voll-Versammlung des großen Rates

im Saale des Regimentsbauhauses.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung.
2. Die Arbeitslosenfrage.
3. Maßnahmen betr. Kohlenversorgung.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.
H. W. Bromme.

Öffentliche Versammlung am Dienstag, dem 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr in Paelaus Gasthof, Fackenburg.

Tagesordnung:
Anschluß der Gemeinde Stockelsdorf an
den Freistaat Lübeck.
Vortragender: Bürgermeister Dr. Gleininger, Schwartau.
Der Einberufer.



By Eintrag
dun enige
Wanten
maff wie be-
fannt, bei dat
plattbische
Wahlstett
dun de bische
demokratische
Partei zutgeben is nu de platt-
bische Volkslist mit de
Sal to dohn lett. (8271)
De Verband dun de platt-
bische Volkslist to Lübeck.

Deutscher
Transportarbeiter-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Kohlenarbeiter- Versammlung

am Dienstag, dem 21. Januar
abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Wahlen.
2. Innere Verbandsangelegen-
heit.
Das Erscheinen sämtlicher
Kohlenarbeiter (Bunker- und
Plakarbeiter) ist dringend not-
wendig. (8272)
Der Vorstand.
Mitgliedsbücher müssen vorge-
zeigt werden.

Marmorsaal.
Auf viels. Verg. Wiederholung
Donnerstag, 23. Jan., ab. 8 Uhr
Bunter Ernst-Albert-Abend
mit allen lokalen und zeit-
gemässen Schlagern. Als Zu-
gabe zu der Volksversamm-
lung: Wahlgangspolnische.
Vorverkauf: Musikalienhdlg.
Ernst Robert, Breite Str. 29.
3.—, 2.—, 1.— u.

Verband der Maler
General-Versammlung
am Mittwoch, dem 22. Januar
abends 7 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Bericht des Kassierers.
2. Wahlen.
3. Entschädigung des Vorstand
und Sitzungsgelder.
(8268) Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Montag, abends 7 Uhr:
Komtesse Didi.
Operette von Fr. Hartmann.
Dienstag: Zum 25. Male:
Die Csardasfürstin
Mittw. Gastspiel Edgar Pauly
Der verliebte Herzog.

Stadttheater Lübeck
Spielzeit 1918/19.
Dienstag, den 21. Januar
Sigurd Braa.
Mittwoch, den 22. Januar:
Der Barbier von Sevilla.
Donnerstag, den 23. Januar
für die Schauspielgemeinde.
Gelbe Karten.
Die Lokalbahn
Die feurige Metten.

Die Politik der Unabhängigen im Urteil Kautskys.

Die wissenschaftliche Zeitschrift der U. S. B. D., der von Breitfeld herausgegebene „Sozialist“, bringt in seiner Januarnummer einen Aufsatz von Karl Kautsky, der eine scharfe Kritik an Taktik und Leistung der Unabhängigen seit der Revolution gibt. Der Aufsatz ist offenbar geschrieben vor der blutigen Berliner Spartakuswoche. Aber indem er die Gesamtpolitik der Unabhängigen aufs schärfste verurteilt, wird er unabsichtlich doppelt vernichtend für ihre Haltung seit dem Sonntag des Zeitungspunktes. Der Aufsatz Kautskys ist ein geschichtliches Dokument.

Kautsky geht davon aus, daß der 9. November ein Tag des Triumphes für die unabhängige Sozialdemokratie gewesen sei. Aber eben nur ein Tag! Nach dem vollständigen Siege der Revolution mußte sie wählen zwischen Terrorismus und neuem Krieg nach bolschewistischem Muster oder Demokratie und langsamerem Fortschritt. Ziel die Wahl auf die Demokratie, dann mußte das Proletariat, um sich an der Macht zu behaupten, die Parteispaltung überwinden und die Einigkeit wieder herstellen. Wie bewältigten die Unabhängigen dieses Problem? Kautsky sagt:

„Entweder die Terrorisierung aller, die nicht auf den Spartakusbund schwören, oder die Einigung der sozialistischen Parteien — das waren die beiden Probleme, die nach dem 9. November die Proletarier bewegten. Die Unabhängige Sozialdemokratie konnte sich weder zu der einen noch zu der anderen verstehen. Damit raubte sie sich selbst alle Anziehungskraft und löste in den Augen der Massen alle Verdienste aus.“

„Wohl entschloß sich die Unabhängige Sozialdemokratie in entscheidenden Momenten zu tun, was notwendig war. Aber sie tat es nicht aus freiem Entschluß, nicht als führende Kraft; sondern widerwillig und zögernd, übermächtigen Verhältnissen nachgebend. Das zeigte sich gleich nach dem Siege der Revolution. Dem übermächtigen Ruf nach proletarischer Einigung konnte die Unabhängige Sozialdemokratie nicht widerstehen. Aber den Gedanken einer Wiedervereinigung lehnte sie mit Entrüstung ab. Sie weigerte sich, ihn auch nur zu diskutieren und brachte es dahin, daß die Mehrheitssozialisten allein als die Träger des die Massen erfüllenden Gedankens der proletarischen Einigung erschienen.“

Kein Sachkundiger wird die Richtigkeit dieser Darstellung bestreiten können. Sie beweist zwingend, wie wenig Recht die Unabhängigen hatten, sich plötzlich vom 8. Januar an als Vorkämpfer der proletarischen Einigung aufzuspielen. Sie haben das bekanntlich nur getan, als sie die Niederlage der Spartakisten vor Augen sahen und das Ziel, das jene angestrebt hatten, den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann, nachträglich auf dem Umweg der Verhandlungen zu erreichen suchten. Diese Hilfsaktion für die Spartakisten lag ganz in der Richtung der bisherigen verfehlten Politik der Unabhängigen. Kautsky, der erklärt, daß mit dem Kriege jeder Spaltungsgrund hinwegfiel und selbst aus voller Überzeugung die Wiedervereinigung empfiehlt, kann nicht umhin, seinen Parteifreunden folgendes vorzuhalten:

„Unsere Parteipresse hat stets den Bolschewismus kritisch geurteilt und unsere Genossen einseitig über ihn unterrichtet. Gegenüber dem Spartakusbund nahm man eine unentschiedene Haltung ein, einige unserer vornehmsten Vertreter gingen Hand in Hand mit ihnen. Man hat es ihm überlassen, das Fährtnetz zwischen uns zu zerschneiden, hat nicht die Energie gefunden, es selbst zu tun. Zur Nationalversammlung hat man sich wohl bekannt, aber ihre Hinausschiebung zu einem fernen Termin, der fast ihrer praktischen Ausschaltung nahekam, mit Leidenschaft gefordert, statt zu erkennen, daß in ihrer schleunigsten Einberufung das Heil lag. Und schließlich machten gar unsere Vertreter auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte die unglaubliche Dummheit — anders kann man es bei allem Streben, parlamentarisch zu bleiben, nicht nennen —, sich bei der Erwählung des Zentralrates auszuschließen, für den sie selbst die oberste Gewalt verlangt hatten.“

Mutterfreuden.

Roman von S. Salamon.

36. Fortsetzung.
„Fürwahr, ein drolliges, kräftiges Kind!“ sagte Friedel bewundernd. „Wie alt ist es denn nun?“
„Gerade ein halbes Jahr ist's jetzt.“
„Und wann wurde der kleine Kerl geboren?“ fragte Friedel neugierig.
„Genau acht Tage vor Ostern. Nur acht Tage später, dann wäre er ein kleiner Osterhase geworden,“ meinte lächelnd die Bäuerin.
„Welch seltsamer Zufall,“ sagte Friedel sinnend. „Das war ja jener unglückliche Sonntag, der den eigentlichen Tod Aders herbeigeführt hat.“
„Es wird wohl stimmen,“ nickte die Bäuerin ernst, „denn am Tage vor Ostern erhielt Berta Euren Brief, durch den sie lange Wochen hindurch auf ein schmerzliches Krankenlager geworfen wurde, von dem sie nur wie durch ein Wunder gerettet ward. Der Doktor hatte sogar befürchtet, daß sie irrsinnig werden würde,“ fügte sie leise geheimnisvoll hinzu. „So schlimm hat's hier damals ausgesehen!“
„Armes tapferes Mädchen,“ sagte Friedel mitleidig. „Und hat sie es denn schon überwunden?“
„Sie muß wohl!“ erwiderte die Bäuerin. „Inseiner hat nicht lange Zeit allzu viel über das Geschehene nachzugrübeln. — Es ist mir selbst so ergangen!“ sagte sie leise.
„Ich weiß das, verehrte Frau!“ nickte Friedel. „Im Galdein Apfel!“ habe ich mich einlogiert, und als ich mich nach dem Bauer Jürgen erkundigte, erzählte mir der Wirt die ganze traurige Geschichte von dem Morde an Ihrem Manne. Wie tief mich das gerührt hat — o, Ihr begreif's vielleicht nicht!“
„Doch, doch,“ sagte hastig die Bäuerin, indem sie ihn mit feuchtschließenden Augen ansah. „Aus Euch spricht ein warmes, mitleidiges Herz. Und das tut einem gut!“
Berta trat nun, das Kaffeetablett in den Händen haltend, mit hochgeröteten Wangen in die Stube. Jedem seine Tasse vollschendend, haute sie noch einen gehäuftem Teller voll von frischbackenden Butterbrotchen auf den Tisch gesetzt.
Friedel, der sich sofort hier heimlich fühlte, langte tapfer dem Dargebotenen zu. In der Gesellschaft dieser beiden Frauen mußte ihm der Kaffee nebst Zubrot so vornehmlich, wie lange es nicht der Fall gewesen war. Unter ernstem Gespräch, in welchem das Soldatenleben das Hauptthema bildete, war rasch die erste Stunde ihres Zusammenseins verfliegen.
Als Berta den Tisch wieder abgeräumt hatte, stand Friedel auf und äußerte den Wunsch, das Gut in eingehender Weise besichtigen zu dürfen, da er selbst ja eigentlich auch Landmann sei und ein sehr großes Interesse dafür habe.

Als Folge dieser Fehler sieht Kautsky die immer weiter um sich greifende Fahrenflucht aus den Reihen der Unabhängigen an: ein geringfügiger Teil ging zu den Spartakusleuten, ein erheblicher Teil zu den Mehrheitssozialisten. Statt zur Einigung führte die unabhängige Taktik zum Konflikt und zu ihrer Niederlage. Soweit Kautskys Kritik. Sie ist für die Unabhängigen schlechthin vernichtend.

Die Gefährdung unserer Volksernährung durch Mangel an Arbeitskräften.

Von verantwortlicher Stelle wird uns geschrieben:
Mehr denn je wird das deutsche Volk im kommenden Jahre auf die Erträge der eigenen Landwirtschaft zu seiner Ernährung angewiesen sein. Große Gebiete, welche uns während des Krieges erhebliche Zuschüsse an Nahrungsmitteln lieferten, fallen in Zukunft aus. Auf dem guten Willen unserer Feinde können und dürfen wir uns nach den gemachten Erfahrungen nicht verlassen. Sie werden vielleiht Willens sein, uns vor der direkten Hungersnot zu bewahren, sie werden uns aber kaum in die Lage versetzen, durch reichlichere Nahrungsmittelzufuhr unser durch den Hunger ausgemergeltes Volk wieder zur alten Kraft zu bringen. Hier kann nur Selbsthilfe Wandel schaffen, wenn wir nicht unendlich größerem Elend entgegengehen wollen, als wir es während der Kriegsjahre ertragen mußten.

Die Gesindeordnung und die Ausnahmegeetze sind abgeschafft. Der Landarbeiter hat heute dieselben Rechte wie der Industriearbeiter. Die republikanischen Behörden sorgen dafür, daß Arbeitsbedingungen und Löhne den Verhältnissen entsprechend festgelegt werden, selbst für unwirtschaftliche Kleidung und Schutzeug wird Sorge getragen. Die Rechte und Bedürfnisse der Landarbeiter werden auf jede nur mögliche Art berücksichtigt. Da entspricht es nur dem engsten Selbsthaltungstrieb jedes einzelnen, die sich in der Landwirtschaft findenden Arbeitsgelegenheiten zu ergreifen, zumal in den jetzigen Zeiten die Nahrungsmittelversorgung in den Großstädten nichts weniger als gesichert ist und die Arbeitsmöglichkeiten in der Industrie sich in der nächsten Zukunft kaum erheblich bessern werden.

Ein wertvolles Objekt für Siedlungspläne und zur Sicherstellung der Volksernährung bieten die staatlichen Domänen. Eine ganze Reihe von Domänen sind der Heeresverwaltung oder dem Kriegsministerium überlassen worden, welche sie als Remontedepots dienen. Das Kriegsministerium mußte vor allen Dingen zur sofortigen Freigabe derjenigen Domänen veranlaßt werden, welche sich nach ihrer Lage und ihren wirtschaftlichen Eigenschaften für Siedlungswecke besonders eignen. Dies dürfte z. B. nach dem Gutachten von Sachverständigen in hervorragendem Maße bei der Domäne Bärenklau im Regierungsbezirk Potsdam der Fall sein. Bärenklau mit seinen Borwäldern hat rund 1800 Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche, guten Mittelboden, und liegt unmittelbar vor den Toren Berlins. Der Pachtpreis schwankt zwischen 8 und 20 Mark pro Hektar nutzbarer Fläche. Solche Summen sind natürlich unter den heutigen Verhältnissen geradezu lächerlich. Ganz abgesehen davon, daß ein derartiges Objekt, wie die Domäne Bärenklau, unter den heutigen Verhältnissen unter allen Umständen besser ausgenutzt werden kann als zum Remontedepot. Gerade für Siedlungswecke eignet sich diese Domäne besonders gut. Das Verhältnis zwischen Ackerboden und Wiesen und Weiden ist für Aufzuchtungswecke hervorragend günstig, die Bodenklasse erlaubt fast durchweg den Anbau von Gemüsen, die unmittelbare Nähe der Großstadt sichert gute Absatzverhältnisse, und die Errichtung der notwendigen Baulichkeiten würde weniger Schwierigkeiten machen als in entlegeneren Gegenden. Dazu kommt, daß der jetzige Pächter der Domäne eine Staatsbehörde ist, so daß Schwierigkeiten bei der sofortigen Uebertragung der Pachtung kaum entstehen können. Der Landwirtschaftsminister könnte kaum ein günstigeres Objekt finden, um einen Anfang zur Verwirklichung des Siedlungsplanes zu machen.

Wirtschaftliches.

Deutscher Schiffsverkehr mit Skandinavien.
Neuer meldet aus London, daß nun eine gewisse Anzahl deutscher Schiffe mit englischer Genehmigung nach Skandinavien fahren. Die Blockade sei aber keineswegs aufgehoben, trotz des großen Druckes, der von gewissen Kreisen ausgeübt worden ist.

Aus der Partei.

Das Programm der internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenz, das von der Bilde, Thomas und Henderson festgelegt worden, umfaßt folgende Punkte: Sofortige Gründung einer Völkervereinigung; ein Grundgesetz für die Arbeitergelehrten mit dem Ziel, die internationalen Verhältnisse in allen Ländern gleich zu stellen und mögliche die wirtschaftlichen Gegensätze der Nationen, die zum Krieg führen, zu beseitigen; Festlegung einer Politik gegenüber den revolutionären Bewegungen in Zentral- und Osteuropa, mit dem besonderen Zweck, dem russischen Volke Hilfe zu leisten in seinem Bemühen, mit seinen inneren Wirren fertig zu werden. Schließlich die Wiederherstellung der Arbeiterinternationale. Man hofft es zu einer umfassen und starken internationalen Organisation zu bringen, in der Arbeiterpolitik und die Gewerkschaften instand zu sein werden, Seite an Seite zu arbeiten, ohne sich zu töten.

Aus Nah und Fern.

Im Flugzeug von England nach Indien. Nach einer Neuter-Meldung ist ein Handels-Flugzeug, das kürzlich zu einem Flug von England nach Indien aufgestiegen war, glücklich in Indien angelangt.

Zur Erziehung von vier Spartakistenführern in Tegeler Forst wird noch gemeldet: Bei der Erstürmung des Spandauer Rathauses durch die Regierungstruppen wurde der Spartakistenkommandant v. Lojewski, die Führer des ehemaligen dortigen Sicherheitsausschusses Jordan, Merg und Wilfert, sowie vier andere Spartakisten gefangen genommen und in Spandau in Haft gehalten. Die Staatsanwaltschaft hatte die Ueberführung dieser am schwersten Belästigten nach dem Tegeler Gefängnis verfügt. Zum Transport wurden zwei Lastautos benutzt. Als sich die Autos eine Straße hinter Garbenfeld auf der Tegeler Chaussee befanden, ergriff auf einem Wagen ein Gefangener das Gewehr eines Soldaten, der seinen Karabiner nachlässig neben sich gestellt und die Hände in die Mantelfalten gesteckt hatte. Dabei ging aus dieser Gewehr ein Schuß los, und in demselben Augenblick sprang v. Lojewski mit Jordan, Merg und Wilfert aus dem Wagen heraus und verhielt in das, die Landstraße behäufende Gehölz des Tegeler Forstes zu flüchten. Die Begleitmannschaft rief ihnen ein dreimaliges Halt nach; als aber die Flüchtlinge nicht stehen blieben, haben die Soldaten eine Salve auf sie ab. Drei von ihnen waren sofort tot, der vierte verlor nach wenigen Augenblicken. Eine strenge Unterjagung des Falles ist sofort eingeleitet worden. Die Gefangenen waren vor Eintritt der Ueberführung einordentlich gewarnt worden, jeden Fluchtversuch zu unterlassen, da sonst sofort von der Waffe Gebrauch gemacht werden würde.

Arbeiterport.

Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege, die Zentralfstelle der gesamten deutschen Arbeiterbewegung hat mit dem 1. Januar d. J. ihre öffentliche Geschäfte wieder eröffnet. Alle Zuschriften der Arbeiter-Sportvereine sind an den Sekretär der Zentralfstelle, Hermann Reichardt, Berlin S. 59, Friedrichstraße 4, zu richten. Von allen Arbeiterportlern erwartet die Zentralfstelle die rechte Propaganda für die Arbeiterportbewegung und hilft bei Neugründungen von Sportvereinen Materialien zur Verfügung. Die Leistungen der Sportvereine sind verpflichtet, dem Sekretär ihre Adressen mitzuteilen.

Allerlei Wissenswertes.

Temperaturen in großen Höhen.
Ueber die Temperaturen in großen Lufthöhen gibt ein Bericht mit Regierballons Aufschluß. Ein solcher Regierballon erreichte einmal die gewaltige Höhe von 37 700 Meter. Bei 12 855 Meter Höhe wurde eine Temperatur von — 55,5 Grad Celsius und bei 37 700 Meter Höhe eine solche von — 51,6 Grad Celsius verzeichnet. Damit bestätigt sich die Beobachtung, daß die tiefste Temperatur keineswegs mit der höchsten Höhe zusammenhängt; in einer Höhe von 10 bis 12 Kilometern über der Erdoberfläche befindet sich eine mehrere Kilometer breite Luftschicht, die Temperaturgleichheit aufweist. Jenseits von ihr sind die Temperaturschwankungen nur noch geringe. Der barometrische Druck in der Höhe von 37 700 Meter betrug nur noch 3 Millimeter.

Bereitswillig erklärte Berta, hierzu seine Führerin zu sein und sich einen großen schühenden Strohhut aufsetzend, verließen die beiden jungen Leute die Wohnstube.
Mit den Kutschknechten anfangend bis zu den Schmetternästen hinab, konnte Friedel nicht umhin, seine unverhohlene Bewunderung über die wirklich peinliche Sauberkeit, die überall in vollstem Maße herrschte, Berta gegenüber zu äußern.
Andererseits wieder überraschte sie die vielen verständigen Fragen ihres Begleiters, welche eine sehr große Sachkenntnis in wirtschaftlichen Dingen verrieten.
So schritten sie denn hinaus über die noch grünenden Wiesen, während die Saatfelder bereits zum größten Teile schon umgepflügt waren.
Die Unterhaltung war allmählich ins Stoden geraten. Jedes schien mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt zu sein. Oftmals konnten sie bei den schmalen Fährten nur dicht hintereinander über die Felder schreiten, wobei Friedel mit stiller Bewunderung die vor ihm leicht hinschreitende Waise und doch so biegsame Gestalt betrachtete.
Wie heimlicher Reiz kroch es in ihm hoch, als er daran dachte, daß einst sein Freund Röder diese herrlichen, verlangenden Elbeufer in heraufschender Liebesglut umschlungen halten durfte.
Und er mußte selbst nicht wie es kam, daß sein Herz höher schlug, wenn seine hübsche Führerin ihn mit den blauen, verstrahlenden Augen fragend anschaute. Noch hatte er es nicht verstanden, das ganze jurchbare Diana, wie es sich in der Kaserne abgepielt hatte, vor ihren Augen aufzurollen. Ja, überkam es ihn wie Zucht, wenn er diese traumähnlichen Augen in Tränen schwimmend vor sich zu sehen wähnte.
Geschwehene mußte es aber doch. Und besser hier in der frischen, sonnendurchdrängten Natur, als in einem dumpfen geschlossenen Räume.
Schon längst hatten sie alle zum Gute gehörenden Felder besichtigt. Auch die Stelle hatte sie ihm gezeigt, auf der der Bauer die tödliche Wunde erhalten hatte. Und noch immer schien seine Zunge wie gelähmt.
Jetzt schritten sie beide nebeneinander einem Gehölze zu, um von dem etwas ansehnlichen Hügel die Umgegend zu übersehen.
Fast noch sengend prallte die Sonne von dem hier hellen weichen Moos ab. Einige Schmetterlinge flogen auf dem duffigen warmen Rasen umher, um in dem nun täglich seltener werdenden Sonnenschein die letzten Freuden ihres kurzen Daseins zu genießen.
„Wie schön es hier ist!“ sagte Friedel unwillkürlich. „Vor uns die weite, in Sonnenglut getauchte Welt, von der man“

sich mitunter so schwer trennen kann, und dazu hier die einladende feierliche Ruhe ringsumher! Ist es nicht so, Fräulein Berta?“
„Freudig, groß sieht sie ihn an. „Wie hart das Klingt, Fräulein!“
„Also darf ich Berta fragen?“ fragte er, indem es freudig in seinen Augen aufleuchtete.
„Gern, Herr Friedel,“ sagte sie einfach. „Ich kenne Sie doch schon längere Zeit!“
„Nun gut!“ lächelte er. „Dann aber dürfen Sie mich ebenfalls nur noch beim Vornamen nennen. Wollen Sie das?“
„Warum nicht?“ sagte sie, ihn dabei unbefangenen anblickend.
„Schrieb Ernst doch immer nur von seinem Freunde Karl, so daß ich Sie eigentlich bloß beim Vornamen kenne.“
„Schwer leuzte er auf. Sie selbst hatte damit den Mann gebroden, welcher bisher keine Zunge gelähmt hatte.
Er mußte selbst nicht, wie es kam. Einer plötzlichen Einigung folgend, ließ er sich auf das schwellende Moos nieder und sagte zu der ihn verwundert Ansehenden: „Kommen Sie, Berta! Sehen Sie sich hier zu mir. Ich will Ihnen endlich erzählen, wie alles gekommen ist.“
Ungezwungen folgte sie seiner Bitte und setzte sich dicht neben ihn hin.
Dann fing er an zu erzählen. Erst von der treuen, innigen Freundschaft, welche ihn mit Röder verband. Dann langsam übergehend zu dem eigentlichen tragischen Ende seines Freundes, schilderte er mit glühenden Farben seine ganze Verwirrung an dem Grabe seines besten Freundes. „Sein letztes Wort galt Ihnen, Berta. Mit dem Gedanken an sein Lebewesen, welche er in dem Auszug zusammenfaßte: „Schätze mein Weib! Fürchte er sich in den sicheren Tod — mit dem Leben hinter sich abschließend!“ Traurig laus von den Lippen Friedels und bei der Erinnerung an jene unglückliche Tat waren auch ihm die Tränen in die Augen gestiegen.
Er war von seiner eigenen Erzählung so hingerissen, daß es wenig oder gar nichts von seiner stillen Zuhörerin bemerkte. Erst als er erwidert und sich nun bei den letzten Worten mit feuchtem Blick an Berta wandte, da gewahrte er, daß ein unauffälliges gewaltig unterdrücktes Schluchzen den Körper seiner Freundin durchdrückte. Vorsichtig löste er die eine Hand von ihrer überquellenden Augen. Zerknend umspannte er ihr tränenschneltes Handgelenk und legte mit trübender Stimme: „Wir trauern beide um den Dahingegangenen, liebe Berta. — Aber gehen Sie zu Ihrem berechtigten Schmerz nicht allzusehr hin. Ich bin jetzt hier, um mein Versprechen dem Toten gegenüber einzulösen. Ich will Sie und Ihr Kind beschützen, so weit es in meinen Kräften steht und stets über Sie wachen.“

